

05.04.2025

Insolvenz des DRK Krankenhaus Neuwied

Die AfD Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass auch nach der Insolvenz des DRK Krankenhauses zumindest für eine Zeit lang ein Gesundheitsbetrieb an dem Standort fortgesetzt werden kann.

Ebenso zu begrüßen ist, dass sich die Stadt Neuwied frühzeitig mit der Marienhaus GmbH in Verbindung gesetzt hat, um die Möglichkeiten zum Abschluss eines Pachtvertrages auszuloten.

Leider hat die Stadt jedoch keine Maßnahmen ergriffen, den Zustand des Gebäudes und der technischen Einrichtungen zuvor zu überprüfen.

Nach Aussage des Beigeordneten Seemann würde die Stadt eine „Blackbox“ und „die Katze im Sack“ verpachten.

Die Stadt Neuwied hat leider nach Bekanntwerden der Insolvenz des DRK Krankenhauses keine Maßnahmen ergriffen, hierzu Untersuchungen einzuleiten.

Fest steht, dass über den Zustand des Gebäudes und der Einrichtungen überhaupt nichts bekannt ist. Der Pachtvertrag mit dem DRK Krankenhaus besteht seit 1994, sodass die Stadt Neuwied nicht weiß, in welchem Zustand sich das Gebäude und die technischen Einrichtungen befinden.

Die AfD- Fraktion mahnt zur Vorsicht und hat ausdrücklich in der Sitzung des Stadtrates vom 3.4.2025 gefordert, dass eine Gefährdungsanalyse der Örtlichkeit vorgenommen werden muss, bevor ein Pachtvertrag geschlossen wird. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Oliver Mogwitz wies darauf hin, dass die Einhaltung der sogenannten Verkehrssicherungspflichten alleine bei der Stadt liege. Er mahnte hier zur Vorsicht. Solange keine Gefährdungsanalyse vorliege könne nicht sicher ausgeschlossen werden, ob notwendige Maßnahmen zum Schutz der Bürger in ausreichender Weise ergriffen worden seien.

Er verwies hier auf das schreckliche Unglück bei der Loveparade 2010 in Duisburg, bei dem 21 Menschen ums Leben kamen und mindestens 652 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

In diesem Fall sei durch die Gerichte ebenfalls festgestellt worden, dass die Stadt Duisburg ihren Verkehrssicherungspflichten nicht genügt habe und bei der Planung und Genehmigung die fehlende Eignung der Örtlichkeit nicht erkannt hätte.

Aus diesem Grund betonte er noch einmal, dass eine Gefährdungsanalyse dringend erforderlich sei um sicherstellen zu können, dass von dem Gebäude und den technischen Einrichtungen keine Gefahr für Menschen ausgeht.